

Thurgauer SVP-Kantonsrätinnen kritisieren Asylpolitik

In einer Einfachen Anfrage stellen zwei Thurgauer SVP-Parlamentarierinnen das Dublin-Abkommen infrage. Der Regierungsrat sagt, dieses funktioniere, es stelle sich aber die Frage, ob es noch zeitgemäss sei.

Fabienne Jacomet

FRAUENFELD. Die Dublin-Verordnung sieht vor, dass in den meisten Fällen dasjenige Land in Europa das Gesuch eines Asylsuchenden bearbeiten muss, in das die antragstellende Person als Erstes einreiste. Diese Verordnung verleitet die beiden SVP-Parlamentarierinnen Judith Ricklin und Aline Indergand zu einer Einfachen Anfrage. Mit ein paar Ausnahmen kämen sämtliche Asylbewerber durch ein Dublin-Land in die Schweiz, schreiben sie. «Anstatt die Flüchtlinge ins Ersteinreiseland zurückzuführen, werden die Asylbewerber zu Tausenden auf die Kantone verteilt.» Auch der Kanton Thurgau habe in den letzten anderthalb Jahren dreimal mehr Geflüchtete aufnehmen müssen.

Probleme würden zunehmen

Es gibt im Kanton Thurgau schon einige Durchgangsheimen, so auch in Frauenfeld, zudem befindet sich dort auch eine Nothilfeunterkunft. Um den Asylsuchenden genügend Platz bereitzustellen zu können, werden im Kanton weitere Massnahmen ergriffen, auch bauliche Anpassungen sollen an vorhandenen Unterkünften getätigt werden. An einer Infoveranstaltung zum Thema hätten einige Gäste ihre Bedenken gegenüber den Massnahmen geäussert. «Diese Ängste sind nicht unbegründet», schreiben die beiden Politikerinnen. Der kantonalen Kriminalstatistik 2022 sei zu entnehmen, dass Probleme mit Asylsuchenden zunehmen würden. Sie zählen ein paar Fälle auf, darunter Einbrüche in Fahrzeuge und Diebstähle.

Sie fragen den Regierungsrat deshalb, wo neue Durchgangsheimen geplant sind und ob sich der Regierungsrat gegen neue Heime wehre, wenn diese noch nicht geplant seien. Zudem wollen sie wissen, wie die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet werden könne und wie die Geflüchteten beschäftigt werden. Weshalb die Schweiz überhaupt so viele Flüchtlinge aufnehmen müsse und «funktioniert nach Meinung des Regierungsrats das Dublin-Abkommen?», fragen die beiden.

Zahl der Gesuche zurzeit hoch

In seiner Antwort schreibt der Regierungsrat, dass die Schweiz so viele Geflüchtete auf-



nehme, weil die Zahl der Menschen auf der Flucht derzeit sehr hoch ist. Die Anzahl Asylgesuche habe vergangenes Jahr eine noch nie dagewesene Höhe erreicht. Es treffe geografisch zu, dass die meisten Menschen durch ein Dublin-Mitgliedsland in die Schweiz reisen. Das Staatssekretariat für Migration habe die Verantwortung und prüfe, ob die Geflüchteten bereits in einem anderen Dublin-Land registriert wurden. Bei etwa 30 bis 40 Prozent sei das der Fall und es werde ein Wegweiserentscheid erlassen. Das Dublin-System funktioniert im Grundsatz, so der Regierungsrat weiter. «Dennoch existieren legitime Fragestellungen, ob das System noch zeitgemäss ist.» Einige Länder – auf den primären Migrationsrouten, also beispielsweise am Mittelmeer – würden übermässig belastet.

Für die Unterbringung der Asylsuchenden vor der Verteilung auf die politischen Gemeinden bestehe eine Leistungsvereinbarung des Finanzdepartements mit der Peregrina-Stiftung. Die Standorte der Stiftung, so der Regierungsrat, sollen auf verschiedene Bezirke verteilt sein. Eine entsprechende Immobilienstrategie werde momentan erarbeitet. Wie sie aussehen wird, sei noch nicht klar, «weshalb auch über Standorte keine Aussage gemacht werden kann». Die Geflüchteten würden für

Ein Mann in einer Asylunterkunft. Die Zahl der Gesuche erreichte vergangenes Jahr eine noch nie dagewesene Höhe.

SYMBOLBILD KEY

verschiedenste Unterhaltsarbeiten in den Durchgangsheimen mit eingesetzt. Zudem haben sie die Möglichkeit, an einem externen Beschäftigungsprogramm in den Thurgauer Wäldern und Naturschutzgebieten teilzunehmen, so der Regierungsrat. Nicht schulpflichtige Personen im Durchgangsheim müssen ein obligatorisches «Erstintegrationsprogramm» besuchen, in dem Deutsch unterrichtet wird. Zudem würden Personen zwischen 17 und 34 Integrationskurse, die sie auf eine Berufslehre oder weiterführende Schule vorbereiten, zur Verfügung stehen. Kinder und Jugendliche im Volksschulalter besuchen die öffentliche Schule an ihrem Aufenthaltsort.

Polizei verfolge die Lage

Zur Frage nach der Sicherheit schreibt der Regierungsrat, dass für die Beaufsichtigung in unmittelbarer Umgebung eines Durchgangsheims die Peregrina-Stiftung und Angehörige eines externen Sicherheitsdienstes verantwortlich sind. «Im Umfeld von Asylunterkünften verfolgt die Kantonspolizei Thurgau die Lageentwicklung ständig.» Falls nötig erhöhe die Polizei auch die Präventionstätigkeit. Sie sei dazu auch im Austausch mit der Peregrina-Stiftung, dem Migrations- und dem Sozialamt.

Steckborn sagt Nein zum Sportplatz

STECKBORN. Es ist ein knappes Nein: Die Steckbornerinnen und Steckborner haben den 8,7-Millionen-Kredit für einen neuen Sportplatz mit 618 Nein- zu 602 Ja-Stimmen abgelehnt. Wie die Stadt mitteilt, nimmt der Stadtrat das Abstimmungsresultat mit Enttäuschung zur Kenntnis. Die Gründe für die Ablehnung können wohl nicht auf einen einzigen Faktor zurückgeführt werden, heisst es weiter. Sie seien vermutlich vielfältig und werden vom Stadtrat noch analysiert. Da eine Lösung für die jetzige untragbare Situation gefunden werden muss, seien neue Planungen nötig. Der Stadtrat werde sich deshalb zusammen mit den Beteiligten überlegen, wie das Projekt verkleinert oder verändert werden kann, ohne auf die wichtigsten und legitimen Bedürfnisse verzichten zu müssen. Für die detaillierte Ausarbeitung mit Kostenberechnung muss allerdings zuerst wieder eine Gemeindeversammlung einen Planungskredit sprechen.

Stadtrat ist enttäuscht

Der Stadtrat hofft, dass wenigstens ein Teil der bereits erfolgten Planungen für das neue Projekt wieder benutzt werden kann und die erneuten Planungskosten damit nicht allzu hoch ausfallen. Klar ist aber auch, dass für ein Projekt am jetzigen Standort, welches sich in der Bauzone befindet, die entsprechende Parzelle in eine Zone für öffentliche Bauten umgezont werden müsste. Damit stünde das Land für einen Verkauf nicht mehr zur Verfügung. Vorstellbar wäre auch ein kleineres Projekt am neuen Standort. (r.)

Journal

Informationen aus dem Stadtrat Diessenhofen

DIESSENHOFEN. Wie dem Newsletter der Gemeinde Diessenhofen zu entnehmen ist, gewährte der Stadtrat dem Tennisclub Diessenhofen einen einmaligen Zuschuss an die Sanierung und Modernisierung der Platzbeleuchtung. Zudem vergab er die Tiefbauarbeiten für die Umlegung der Meliorationsleitung Chrispenriet-Dionisweiher an die Rüttimann Hoch + Tiefbau AG. Weiter erteilte der Stadtrat eine Bewilligung für Kioskwirtschaft mit Alkoholausschank an Rosario Cataldo im Eden Sauna Club und genehmigte die Fällung eines kranken Baums im südöstlichen Teil des Areals der Rhybadi sowie verfügte eine Ersatzpflanzung.

Nachgefragt

Peter Spescha (SP) kandidiert für den Einwohnerrat

Er gehörte dem Einwohnerrat schon einmal an, von 2012 bis 2020. Nun stellt sich Peter Spescha erneut der Wahl in das Gremium. Nötig wird die Wahl, weil Lorena Montenegro infolge Wegzugs zurücktrat. Spescha, 1959 geboren, lebt seit Jahren in Stein am Rhein. Er ist verheiratet und Vater eines Sohnes. Bis letzten Sommer war er in der Phoenix Mecano in der Qualitätssicherung tätig und ist nun im Ruhestand. Spescha ist Mitglied der SP Stein am Rhein.



Peter Spescha

Er gehörte dem Einwohnerrat von 2012 bis 2020 an. Nun stellt sich Peter Spescha erneut der Wahl in das Gremium.

BILD URSULA JUNKER

Herr Spescha, schon einmal wirkten Sie acht Jahre im Steiner Einwohnerrat mit. Jetzt sollen Sie als älterer Mann eine junge Frau ersetzen. Das ist nicht ganz im Sinne der SP-Strategie, Frauen zu fördern ...

Peter Spescha: Es handelt sich hier um ein grundsätzliches Problem. Es finden sich auch als Folge der gesellschaftlichen Veränderungen nur schwer junge Leute, die sich für ein politisches Amt zur Verfügung stellen. Da spielt es nicht einmal eine Rolle, ob es sich um eine Frau oder einen Mann handelt.

Was bewegt Sie, nachdem Sie in den Ruhestand getreten sind und sich den schönen Dingen des Lebens zuwenden könnten, sich wieder politisch zu engagieren?

Spescha: (lacht) Ich gehe den schönen Dingen des Lebens nach, indem ich mit dem Velo unterwegs bin. Allerdings sind im Sommer in der Altstadt so viele Leute unterwegs, dass die Einheimischen nicht mehr durchkommen und ich das Städtchen vermehrt umfahre. Die stetige Zunahme des Tourismus wird immer problematischer und wird uns sicher die nächsten Jahre vermehrt beschäftigen.

Wo liegen Ihre politischen Schwerpunkte?

Spescha: Einer davon ist der Verkehr ganz grundsätzlich. Wir haben in Stein am Rhein ein Problem mit allen Verkehrsteilnehmern, mit Fussgängern, Velos und Autos. Obwohl in der Vergangenheit verschiedene Konzepte erarbeitet wurden, führten sie nicht zu sichtbaren konkreten Massnahmen.

Wo sehen Sie die dringendsten Probleme in der Steiner Politik?

Spescha: Das Problematischste ist, dass man in Stein am Rhein ein Projekt ausarbeiten kann, dieses jedoch dann immer von einer Seite her kompromisslos bekämpft wird. Das verhindert gleichzeitig den Fortschritt und die Veränderung. Wer nicht bereit ist, Kompromisse einzugehen und sich zu verändern, der bleibt stehen.

Im Ruhestand haben Sie sicher mehr Zeit, Ihre Hobbys zu pflegen ...

Spescha: Ich bin sicher noch mehr mit meinem neuen Fahrrad unterwegs. Ausserdem blase ich auch Alphorn. Als Teil-Hausmann betätige ich mich vermehrt auch im Haushalt und habe mir vorgenommen, mich wieder mehr dem Kochen zu widmen. Das habe ich meiner noch berufstätigen Frau versprochen.

Interview: Ursula Junker

Anzeige

perspektiveschweiz.ch

Gib dem Land mehr Gewicht

DU bestimmst den politischen Kurs der nächsten vier Jahre. Am 22. Oktober zählt jede Stimme!

Nationale Wahlen
2023

PERSPEKTIVE SCHWEIZ

A1550215